

Bern

Ausgerechnet das Gaswerkareal

Der neue Stadtpräsident Alec von Graffenried politisiert erstmals in Berns Stadtparlament. Sein erstes Geschäft – «ein Zufall» – ist eines, das er bereits als Baulobbyist in der Privatwirtschaft managte.



Einstand in Berns Stadtrat: Der neue Stadtpräsident Alec von Graffenried (rechts) begrüsst Parlamentspräsident Christoph Zimmerli (mit Brille). Foto: Adrian Moser

Marcello Odermatt

Es entbehrte nicht einer gewissen Ironie, dass Alec von Graffenrieds (GFL) erstes Geschäft im Berner Stadtrat gestern Abend die Planung des Gaswerkareals im Marzili war. Jenes Geschäft also, dessentwegen der neue Stadtpräsident im Wahlkampf in den Fokus rotgrüner Kritiker geraten war: Sie warfen dem früheren Lobbyisten des Bauunternehmens Losinger Marazzi Interessenkonflikte vor. Nun sollte er neuer Stabi und Planungsdirektor eben dieses Geschäft im Stadtparlament vertreten.

Die SP, bis zum zweiten Wahlgang vor zehn Tagen von Graffenrieds grosse Gegnerin im Kampf ums Stadtpräsidium, liess es sich darum nicht nehmen, auf diese Affiche aus dem Wahlkampf noch einmal hinzuweisen. Schliesslich habe der vormalige Losinger-Immobilienentwickler angekündigt, im Falle einer Stabi-Wahl in Sachen Wohnungsbau auf dem Gaswerkareal in den Ausstand zu treten, rief Stadtrat David Stampfli, der sozialdemokratische Parteifunktionär

und schärfster Wahlkämpfer, in seinem Votum in Erinnerung.

«In Luft aufgelöst»

Doch von Graffenried vertrat das in der Sache fast gänzlich unbestrittene Geschäft ohne zu zögern, auch wenn es ein «lustiger Zufall» sei, dass er nun ausgerechnet damit den Einstand im Stadtparlament bestreite. Der Interessenkonflikt habe sich «in Luft aufgelöst», nachdem der Gemeinderat im Dezember – noch in alter Zusammensetzung – entschieden habe, die Planung gänzlich selber zu übernehmen und sie der bisherigen privaten Planerin, eben Losinger Marazzi, zu entziehen.

Offenbar sahen das die restlichen Stadträtinnen und Stadträte auch so, gab doch seine Losinger-Connection ansonsten nicht mehr zu reden. Allerdings erregte der erste Auftritt des neuen und ersten grünen Stadtpräsidenten im Berner Rathaus auch sonst keine grossen Emotionen. Und dies, obschon der Bernburger bisher weder über Exekutiv-erfahrung verfügt noch selbst je im Ber-

ner Stadtrat politisiert hatte. Zudem hat er der SP nach 24 Jahren nach einem teils gehässigen Wahlkampf den Chessel im Erlacherhof abgeluchst, nachdem es lange so ausgesehen hatte, als würde die SP-Frau Ursula Wyss unangefochten Alexander Tschäppäts Nachfolge antreten können.

Vielmehr demonstrierten Stadtpräsident und Stadtparlament gestern Abend nüchtern einen fast schon nahtlosen Stabwechsel von Alexander Tschäppät zu Alec von Graffenried. Wüsste man es nicht besser, bliebe der Eindruck, hier habe sich nichts verändert.

Von Graffenrieds «Filetstück»

Allerdings: Die Ironie bleibt. Managte von Graffenried das «Filetstück» der Stadtplanung, wie die bisher gänzlich verfahrenere und nun neu aufgegleiste Gaswerküberbauung gestern im Rat auch genannt wurde, zuvor bei Losinger Marazzi, wird er das Dossier nun künftig als Planungsdirektor bearbeiten. Auch fachlich funktioniert der Übergang also nahtlos.

Gaswerkareal Stadtrat drängt

Berns Stadtrat will den Planungsprozess für das Gaswerkareal vorantreiben und in den Entscheidungen mit eingebunden werden. In einer verabschiedeten Motion hat er den Gemeinderat gestern Abend aufgefordert, einen entsprechenden Kredit für den städtebaulichen Wettbewerb vorzulegen. Nun müsse die Planung des Areal mit Nachdruck und höchster Priorität verfolgt werden, forderte Melanie Mettler (GLP) in ihrer Motion. Dabei sei besonders auf eine starke Position bei Kaufverhandlungen, einen beschleunigten partizipativen Planungsprozess und die Gestaltung eines qualitativ hochstehenden urbanen Raums zu achten.

Der Gemeinderat hatte im Dezember bekannt gegeben, dass er das Gaswerkareal unter der Berner Monbijoubücke kaufen und danach selber weiterentwickeln will. Das vom Gemeinderat ursprünglich gewählte Vorgehen mit einer ausgelagerten städtebaulichen Planung sei undemokratisch, kritisierte Mettler in ihrer Motion. (sda)

Schreiner Schneiter ist höchster Ostermundiger

Gestern Abend ist Roger Schneiter (SVP) zum Präsidenten des Parlaments von Ostermundigen gewählt worden. Der 40-jährige Schreinerunternehmer ist erst seit vier Jahren Ratsmitglied. Sein wesentlichstes politisches Verdienst aus dieser Zeit ist das Ja der Bevölkerung zum Bärenhochhaus. Als Präsident des überparteilichen Pro-Komitees sei er das Bindeglied zwischen der Politik, den Planern und der Bevölkerung gewesen, sagt SVP-Präsidentin Lucia Müller, er sei ein humorvoller Mann mit gesundem Menschenverstand und werde «eine gewisse Lebhaftigkeit in den Rat bringen».



Roger Schneiter.

Der Vater von zwei fast erwachsenen Kindern will im Präsidialjahr die Sachpolitik fördern. «Ich möchte, dass parteipolitische Grabenkämpfe überwunden werden.» Dazu werde er sich erlauben, einen Parlamentarier zu unterbrechen, wenn dieser seine Rede mehr der Parteipropaganda als der Sache widme. Er sei überzeugt, sagt Schneiter, dass der Rat zu guten Lösungen für Probleme finde, wenn sich die Politiker am linken und am rechten Rand «gegen die Mitte» bewegten. Ganz sicher ist er aber nicht, ob es gelingen wird, die Ratskollegen zu gemässigten Positionen zu bewegen. «Mal sehen», sagt er lachend.

Die nächste Aufgabe des Parlaments sei, eine Pensionskasse für die Gemeindeangestellten zu finden, wofür es einen «gutschweizerischen Kompromiss» brauche. Im November 2016 verweigerte das Volk dem Gemeinderat den für die Sanierung nötigen Kredit. Der Gemeinderat will die gemeindeeigene Pensionskasse nun auflösen und sich einer anderen Vorsorgestiftung anschliessen.

Zum ersten Vizepräsidenten des Parlaments wurde Thulani Thomann (SP) gewählt. Zweite Vizepräsidentin ist die EVP-Frau Silvia Fels. (nj)

In Buchsi übernimmt die SP das Präsidium im Parlament

Politisch ist Andreas Burger (SP) kein unbeschriebenes Blatt. Im zürcherischen Urdorf führte der Sozialdemokrat während acht Jahren als Gemeinderat das Ressort Soziales. Zudem war er während sieben Jahren Mitglied des kantonalen Parlaments. Vor gut sechs Jahren zügelte er nach Münchenbuchsee, wo er mit seiner Familie lebt. Gemeindepolitik habe ihn stets interessiert, sagt Burger. «Ich will meinen Beitrag für die Allgemeinheit leisten.» Einen grossen Teil seiner Freizeit setzt er für Aktenstudium und



Andreas Burger.

Sitzungen ein. Die Politik sei für ihn ein Hobby, sagt der 43-Jährige, der in der Filiale einer Grossbank in Münchenbuchsee arbeitet. Gestern wurde er zum GGR-Präsidenten gewählt. Er ist seit gut zwei Jahren Mitglied des Parlaments und wurde im November wiedergewählt.

Sein Präsidium sieht Burger pragmatisch: «Der Präsident sollte vor allem dafür sorgen, dass der Ratsbetrieb rundläuft.» In den letzten Jahren seien Dispute ab und zu eher persönlich als sachlich ausgetragen worden. Er hoffe, dass nach den Wahlen nun wieder konstruktiver diskutiert werde.

Für Burger haben die frühere Wohn-gemeinde Urdorf und Münchenbuchsee vieles gemeinsam. «Wie Urdorf ist auch Münchenbuchsee in den letzten 30 Jahren stark gewachsen.» Beide Gemeinden verfügten über eine ähnliche Infrastruktur und zählten rund 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Münchenbuchsee wie auch Urdorf seien aber nicht einfache Agglomerationsgemeinden. «Beide konnten sich einen dörflichen Kern bewahren.» (wal)

Von Graffenried will Klarheit über Zweitwohnungen in der Altstadt

Innerhalb dreier Jahre hat sich die Zahl der Beherbergungsbetriebe in der Stadt Bern verdreifacht.

Bernhard Ott

Die von den Altstadtleisten beklagte «explosionsartige Zunahme» von Airbnb-Angeboten in der Berner Innenstadt («Bund» von gestern) ist nicht aus der Luft gegriffen. Ein Indiz dafür sei die «starke Zunahme» der Betriebe auf Stadtgebiet, die Übernachtungsabgaben entrichteten, sagt Steuerwalter Moritz Jäggi auf Anfrage.

Bis vor drei, vier Jahren habe es auf dem gesamten Stadtgebiet etwa 40 bis 50 Betriebe gegeben, die Übernachtungsabgaben bezahlt hätten, sagt Jäggi. Diese Zahl umfasse alle Anbieter – vom Hotel bis zum Airbnb. Am Stichtag Ende letzten Jahres hätten auf Stadtgebiet aber bereits 142 Beherbergungsbetriebe ab-

gerechnet – was ungefähr einer Verdreifachung des Angebots entspricht.

Nicht alle Anbieter rechnen ab

Laut Jäggi führt die Steuerverwaltung keine Statistiken über die Art der Angebote oder die Aufteilung auf die Stadtteile. Der Steuerwalter ist sich aber trotzdem sicher, dass die starke Zunahme der Anbieter auf Airbnb und andere Plattformen zurückzuführen ist. Die Stadt habe das entsprechende Reglement jedenfalls schon vor drei Jahren anpassen müssen. «Darin werden private Anbieter explizit als abgabepflichtig erwähnt.» Trotzdem geht der Steuerwalter davon aus, dass sich nicht alle Anbieter von Airbnb freiwillig melden. In gelegentlicher Detektivarbeit finde die Steuerverwaltung ab und zu neue Anbieter. «Wir schreiben die Leute an und fordern sie dazu auf, sich registrieren zu lassen», sagt Jäggi.

Der Zweitwohnungsboom in der Berner Altstadt umfasst nicht nur Airbnb

mit gewerblichem Charakter, sondern auch sogenannte Business-Appartements, also temporäre Unterkünfte, die zu erhöhten Preisen an Geschäftsleute vermietet werden. Die Altstadtleiste fordern eine Regulierung der Zweitwohnungen analog zu den Tourismusgebieten. Der Gemeinderat hat sich in einer Antwort auf eine Motion von Luzius Theiler (GPB-DA) bereit erklärt, ein Umwandlungsverbot von Erstwohnungen in temporären Wohnraum zu prüfen. Zugleich gab er aber zu bedenken, dass ein solches Verbot gegen die Besitzstandsgarantie verstossen könnte.

«Bisher wenige Fälle»

In Barcelona, Amsterdam und Paris sei Airbnb ein grosses Problem, sagt der neue Stadtpräsident Alec von Graffenried (GFL). In der Stadt Bern hingegen seien «bisher vergleichsweise wenige Fälle» bekannt, in denen ganze Wohnungen oder gar Liegenschaften systematisch via Airbnb oder andere Plattfor-

men weitervermietet würden. «Wir wissen nicht, ob Airbnb in der Altstadt ein Massenphänomen ist», sagt von Graffenried. Die Berner Innenstadt müsse ein lebendiges und durchmischtes Quartier bleiben. «Aber ohne Not wird der Gemeinderat nicht in die Besitzstandsgarantie von Privateigentümern eingreifen», sagt von Graffenried.

Probleme bei der Umsetzung

Trotzdem sei der Gemeinderat bereit, eine Regulierung der Zweitwohnungen im Rahmen der Revision der Bauordnung zu prüfen. Bis dahin brauche es aber eine klare Definition der Begrifflichkeiten, «um gewerbliche Formen der Airbnb-Nutzung erfassen zu können», sagt von Graffenried.

Offene Fragen gebe es auch bei der Umsetzung allfälliger Regulierungen. «Ob eine Wohnung «normal» bewohnt oder als Airbnb genutzt wird, ist schwierig festzustellen», sagt der Stadtpräsident.